



26. März 2012

Pressemitteilung

Kommunale Finanzausstattung bis 2020:

Abschied vom aufgabenbezogenen Finanzausgleich?

Magdeburg.- Sachsen-Anhalts kommunale Spitzenverbände widersprechen der These, die Kommunen im Land hätten eine „aufgeblähte Verwaltung“. Ein solcher Vorwurf könne allein aus den bisher bekannten Daten des sogenannten Deubel-Gutachtens zum Finanzausgleich nicht abgeleitet werden, betonen die Landesgeschäftsführer der beiden Verbände, Heinz-Lothar Theel und Jürgen Leindecker. Es sei überraschend, dass jetzt Daten aus dem Zusammenhang gerissen in die Öffentlichkeit getragen würden.

„Der kommunale Finanzausgleich in Sachsen-Anhalt ist in den vergangenen Jahren von 1,9 Mrd. Euro bereits auf unter 1,6 Mrd. Euro gekürzt worden“, betont Heinz-Lothar Theel, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Landkreistages Sachsen-Anhalt. „Gleichzeitig sind die Kassenkredite auf rund eine Milliarde Euro angestiegen. Eine weitere Absenkung der Landeszuweisungen auf rund 1,2 Mrd. Euro ist daher völlig abwegig.“ „Das hat mit einem aufgabenbezogenen Finanzausgleich für Sachsen-Anhalt nichts mehr zu tun“, meint Jürgen Leindecker, Landesgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt.

Die Haushaltszahlen für 2012 ließen erkennen, dass wiederum der überwiegende Teil der Kommunen ihren Haushalt nicht ausgleichen könnten, betonen Theel und Leindecker. Eine Kürzung um 380 Mio. Euro sei völlig unrealistisch. Ein pauschaler Vergleich von Finanzdaten aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz sei unzulässig, da bekanntlich gerade in diesen drei westdeutschen Ländern die Kommunen besonders unterfinanziert seien.

Beide kommunalen Spitzenverbände wehren sich auch gegen den pauschalen Vorwurf, zu viel Personal vorzuhalten: „Die Kommunen in Sachsen-Anhalt befinden sich mit ihrer Personalentwicklung auf gutem Weg. Die eingeleiteten Strukturreformen auf kreislicher und gemeindlicher Ebene brauchen allerdings Zeit, bis sie sich kostenmäßig auswirken“, erläuterte Theel.

Die Geschäftsführer stellen unmissverständlich klar, dass eine jährliche Personalkosteneinsparung von 30 - 35 Mio. Euro bis zum Jahr 2020 an der Praxis vorbeigeht, zumal tarifliche Steigerungen und neue Aufgabenübertragungen zusätzliche finanzia-

elle Belastungen mit sich bringen. Eine umfassende Stellungnahme zu den Überlegungen von Professor Deubel können die kommunalen Spitzenverbände erst abgeben, wenn das Gutachten veröffentlicht ist und die Zahlen geprüft sind. Das Gutachten soll Ende der Woche vorliegen.

V. i. S. d. P.:

Geschäftsführer Heinz-Lothar Theel, Telefon: 0391/5653110 u. 0172/3808291

Landesgeschäftsführer Jürgen Leindecker, Telefon: 0391/5924310